

# Gemeinde Martfeld

---

## Protokoll

Sitzungsnummer: Ma/Rat/041/16

über die Sitzung des Rates am 22.06.2016

Beginn: 19:30 Uhr  
Ende 22:40 Uhr  
Ort: Feuerwehrgerätehaus Martfeld

### Anwesend:

#### **Vorsitzende/r**

Frau Marlies Plate

#### **stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Michael Albers

Herr Dr. Dirk Aue

Herr Christoph Ferentschak

Frau Kerstin Hansen

Bis Top 14

Herr Klaus-Dieter Kasper

Herr Heinrich Lackmann

Herr Jürgen Lemke

Herr Burckhard Radtke

Herr Torsten Tobeck

Frau Frauke Toppe

Frau Krimhild Wulf

#### **Verwaltung**

Herr Bernd Bormann

Herr Hannes Homfeld

#### **Gäste**

Herr Wilkens, Landwirtschaftskammer zu Top 3

### Abwesend:

#### **stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Marco Harries

## Öffentlicher Teil

### Punkt 1:

#### **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Bürgermeisterin Marlies Plate eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

### Punkt 2:

#### **Genehmigung des Protokolls über die**

**a) 39. Sitzung vom 06. April 2016**

**b) 40. Sitzung vom 14. April 2016**

a) Das Protokoll über die 39. Sitzung des Rates der Gemeinde Martfeld vom 06. April 2016 wird einstimmig genehmigt.

b) Da das Protokoll über die 40. Sitzung des Rates der Gemeinde Martfeld vom 14. April 2016 nicht allen Ratsmitgliedern zugegangen ist, wird die Genehmigung des Protokolls auf die nächste Ratssitzung verschoben.

### Punkt 3:

#### **Güllekataster**

#### **Bericht von Herrn Wilkens von der Landwirtschaftskammer**

Herr Wilkens von der Landwirtschaftskammer stellt das Düngekataster mittels einer Präsentation dem Rat der Gemeinde Martfeld vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Wulf erkundigt sich, welche Auswirkungen das Düngekataster für Landwirte in der Gemeinde Martfeld mit sich bringe. Herr Wilkens erklärt, dass zunächst der Runderlass umgesetzt werden solle. Das bedeute, dass künftig die Abgabepflichten der Landwirte mittels einer Datenbank überwacht werden. Darüber hinaus sollen die Nährstoffvergleiche der Betriebe über eine Datenbank abrufbar seien.

Herr Albers erklärt, dass es derzeit in den hiesigen Regionen einen Gülletourismus gebe. Darunter fasse er, dass Unmengen von Gülle auf den Flächen vor Ort aufgebracht werden, die jedoch nicht von den Landwirten aus dieser Region stammen. Insgesamt werde deutlich mehr Gülle auf die Felder gefahren, als notwendig und erforderlich. Der Überschuss an Gülle auf den Feldern verschlechtere die Qualität des Grundwassers. Darüber hinaus moniert Herr Albers, dass die Gülletransportwagen die Wirtschaftswege in der Gemeinde Martfeld beschädigen.

Herr Wilkens erklärt, dass darauf geachtet werden müsse, dass in den Abgaberegionen nur die vorgesehenen Mengen abgegeben werden und dass in den Aufnahme­regionen nicht mehr aufgenommen werde als ein Bedarf tatsächlich vorhanden sei. Herr Wilkens erklärt, dass mit dem Düngkataster nicht jeder Missbrauch aufgedeckt und verhindert werden könne. Vielmehr gehe es darum, dass die abgegebenen und aufgenommenen Mengen in den Betrieben erfasst werden. Wenn Verstöße bekannt werden, empfiehlt Herr Wilkens, die Düngebehörde zu informieren. Wichtig sei, dass Verstöße ordentlich dokumentiert werden.

Herr Lackmann erklärt, dass das wesentliche Problem die Verschmutzung des Grundwassers sei, da die auf­gebrachten Nitratmengen nicht mehr von den Böden aufgenommen werden können.

Herr Radtke kommt auf die bestehenden Überschussmengen an Nitrat zu sprechen, die laut dem Vortrag von Herrn Wilkens mittelfristig reduziert werden müssen und erkundigt sich, wo die bestehenden Überschussmengen verbleiben sollen. Herr Wilkens erklärt, dass in den Überschussmengen auch der eingesetzte Mineraldünger einbezogen sei. Eine Alternative bestehe somit darin, den Einsatz von Mineraldünger zu verringern und vorrangig den organischen Dünger zu nutzen.

Herr Albers erklärt, dass er davon ausgehe, dass der Großteil der Gülle im Landkreis Diepholz aus großen Mast­ställen anderer Regionen komme und mit Antibiotika versetzt sei. Herr Albers erkundigt sich ob damit zu rechnen sei, dass langfristig auch im Grundwasser entsprechende Rückstände zu finden sein werden. Herr Wilkens erklärt, dass dies durch Chemiker und Biologen beurteilt werden müsse.

Der Rat der Gemeinde Martfeld beschließt eine Einwohnerfragestunde einzuschieben.

Auf Nachfrage eines Einwohners erklärt Herr Wilkens, dass der Landkreis Diepholz eine Mischregion sei. Teile des Landkreises produzieren ebenfalls hohe Mengen an Gülle und andere Teile entsprechend weniger. Die Landwirte aus der Region Cloppenburg und Vechta nutzen vorrangig die naheliegenden Flächen für ihre Gülle, um Transportkosten zu sparen.

#### **Punkt 4:**

#### **Flurbereinigung - Sachstands­anfrage der ULM-Fraktion -**

Herr Tobeck erklärt, dass die beabsichtigten Maßnahmen in der Flurbereinigung letztmalig vor einigen Monaten im Rat behandelt worden seien. Da bis zum heutigen Tage kein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen sei, bittet Herr Tobeck um einen aktuellen Sachstand. Herr Lackmann ergänzt, dass im Mai ein Gespräch mit Herrn Schönenfelder vom Amt für regionale Landesentwicklung Sulingen (ArL Sulingen) und der Unteren Naturschutzbehörde stattfinden sollte und bittet um Auskunft von den Ergebnissen dieses Gespräches.

Herr Bormann erklärt, dass es in Martfeld die beiden Flurbereinigungsverfahren Hustedt und Kleinenborstel gebe. Seitens der Landesregierung werde gefordert, dass in einem Flurbereinigungsverfahren ein ökologischer Mehrwert dargestellt werde. Aus diesem Grund habe es Ende Mai ein Gespräch mit den zuständigen Behörden gegeben. Derzeit werde versucht diesen ökologischen Mehrwert zu ermitteln. Die Zielsetzung gehe zurzeit dahin, dass bis zum Herbst dieses Jahres der ökologische Mehrwert dargestellt werden könne, damit Anfang 2017 die

Flurbereinungsverfahren der Landesregierung gemeldet werden können. Für die Gemarkung Martfeld gebe es seitens des ArL Sulingen derzeit keinen weiteren Bestrebungen an einem Flurbereinungsverfahren.

Herr Albers bittet darum, dass - sofern beispielsweise der ökologischer Mehrwert in Hustedt nicht dargestellt werden könne - alternative Flurbereinungsverfahren aufgezeigt bzw. in Betracht gezogen werden, da durch die Flurbereinungsverfahren erhebliche Fördermittel generiert werden können.

Herr Lackmann erkundigt sich, welche Schritte eingeleitet werden müssen, um für die Gemarkung Martfeld doch noch ein Flurbereinungsverfahren anzustoßen. Herr Bormann erklärt, dass sich das ArL Sulingen derzeit auf die Flurbereinungsverfahren Hustedt und Kleinenborstel konzentriere. Sofern ein ökologischer Mehrwert in den beiden Flurbereinungsverfahren nicht dargestellt werden könne, werden selbstverständlich alternative Fläche in Betracht gezogen. Herr Bormann erinnert, dass das ArL Sulingen die zuständige Behörde für die Flurbereinigung sei und dass die Flurbereinungsverfahren Hustedt und Kleinenborstel in mehreren Gesprächen ausgewählt worden seien.

Herr Lemke spricht sich dafür aus, die Flurbereinungsverfahren Hustedt und Kleinenborstel so schnell wie möglich voran zu bringen.

Der Rat der Gemeinde Martfeld beschließt eine Einwohnerfragestunde einzuschieben. Auf Nachfrage eines Einwohners erklärt Herr Bormann, dass Ziel des Flurbereinungsverfahrens die Erneuerung der Wirtschaftswege sei. Um die Wirtschaftswege im Flurbereinungsverfahren jedoch zu erneuern, sei es zunächst erforderlich, den ökologischen Mehrwert darzustellen.

Herr Masemann erklärt, dass bis zur Erneuerung der Wirtschaftswege noch einige Jahre vergehen werden. Wenn die Wirtschaftswege in den nächsten Jahren weiter mit landwirtschaftlichen Maschinen befahren werden, werden die Straßen weiter beschädigt. Herr Masemann bittet die Gemeinde tätig zu werden und insbesondere die Löcher in den Straßen auszubessern. Er ziehe es in Erwägung gegen die Gemeinde Schadensersatzklage zu erheben, sofern sich an der Situation nichts ändere.

Frau Plate erklärt, dass die bestehende Prioritätenliste in den kommenden Jahren abgearbeitet werde. Die Gemeinde Martfeld agiere im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten.

**Punkt 5:**  
**Mobilfunk in der Gemeinde Martfeld**  
**Antrag von Herrn Michael Albers**

Herr Albers erklärt, dass es in der Gemeinde Martfeld kein D2-Netz gebe, obwohl ein entsprechender Sendemast vorhanden sei. Dies stelle für die Handwerksbetriebe ein großes Problem dar. Herr Albers spricht sich dafür aus, sich mit anderen Gemeinden zusammenzuschließen, um vor den Netzanbietern breiter auftreten zu können.

Herr Bormann erklärt, dass seitens Vodafone eine schriftliche Auskunft vorliege, wonach innerhalb des Planungszeitraumes bis April 2017 keine weiteren Ausbauprojekte vorgesehen

sein. Herr Bormann führt weiter aus, dass die Möglichkeit bestehe in das D1-Netz zu wechseln oder zusammen mit anderen Gemeinden an Vodafone heranzutreten.

Hinsichtlich des Breitbandausbaus berichtet Herr Lackmann, dass es in der Gemeinde Martfeld einen Gewerbebetrieb gebe, der von einer guten Datenübertragung abhängig sei. Es sei allgemein nicht bekannt, in welchen Gebieten welche Leistungen abgerufen werden können.

Herr Bormann erklärt, dass der Breitbandausbau derzeit mit dem Landkreis Diepholz besprochen werde. Entsprechende Daten über die grundsätzlich zur Verfügung stehenden Leistungen seien vorhanden. Es könne davon ausgegangen werden, dass in den Zentren der Mitgliedsgemeinden der erforderliche Standard (30 mbit) erfüllt werde, gleichwohl die Leistung nicht in jedem Haushalt tatsächlich ankäme. Außerhalb der Zentren befinden sich die sogenannten „weißen Flecken“.

#### **Punkt 6:**

##### **Dorferneuerung / Dorfentwicklung - Sachstandsanfrage der ULM-Fraktion -**

Herr Lackmann erklärt, dass die Dorferneuerung bzw. die Dorfentwicklung im Jahr 2018 ende. Ihm liege ein Bericht des Ministeriums vor, in dem erhebliche Möglichkeiten für die Nutzung des Programms aufgezeigt werden. Um auch in Zukunft Maßnahmen umzusetzen, regt Herr Lackmann an, bestehende Möglichkeiten im Rahmen der Arbeitskreise zu besprechen.

Herr Bormann ergänzt, dass sich die Dorferneuerung in private und öffentliche Maßnahmen untergliedere. Im privaten Bereich sei ein Kostenvolumen von rund 1,9 Millionen Euro umgesetzt worden, für das 600.000 Euro Zuschüsse generiert werden konnten. Im öffentlichen Bereich sei ein Kostenvolumen von rund 330.000 Euro investiert worden, für das 170.000 Euro Zuschüsse generiert werden konnten. Für den öffentlichen und privaten Bereich ermitteln sich die Zuschüsse auf unterschiedlichen Grundlagen.

Herr Bormann erklärt, dass die Möglichkeiten im Rahmen der Dorferneuerung für Straßenmaßnahmen innerorts in der kommenden Verwaltungsausschusssitzung erörtert werden. Darüber hinaus bestehe weiterhin der Dorferneuerungsplan. Sofern weitere Maßnahmen umgesetzt werden sollen, müssen im Haushalt 2017 entsprechende Mittel bereitgestellt werden.

#### **Punkt 7:**

##### **B-Plan Nr. 16 (70/21) "Alter Kamp" - 1. Änderung**

##### **B-Plan der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB**

##### **a) Beschluss über die Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung**

##### **b) Satzungsbeschluss**

**Vorlage: Ma-0122/16**

Herr Bormann stellt die Beschlussvorlage vor.

Herr Tobeck erklärt, dass alle Bedenken der Bürgerinnen und Bürger in der Beschlussvorlage gut abgearbeitet worden seien.

Auf Nachfrage von Frau Toppe erklärt Herr Bormann, dass mit der Änderung des Bebauungsplanes nur dort eine Zweigeschossigkeit zugelassen werde, wo zum jetzigen Zeitpunkt keine Häuser stünden. Alle künftigen Grundstückserwerber können sich auf eine entsprechende Situation einstellen.

a) Es werden die Beschlussempfehlungen zu den innerhalb der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der parallel durchgeführten öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen gemäß der Beschlussvorlage beschlossen.

b) Es wird der Satzungsbeschluss für den B-Plan Nr. 16 (70/21) „Alter Kamp“ – 1. Änderung mit Begründung gem. § 10 BauGB gefasst. Der Geltungsbereich der B-Planänderung liegt der Beschlussvorlage als Anlage bei.

**Ja: 10 Nein: 0 Enthaltungen: 1**

**Punkt 8:**

**B-Plan Nr. 16 (70/27) "Kindergarten Martfeld"**

**Aufstellungsbeschluss**

**Vorlage: Ma-0120/16**

Herr Bormann erinnert, dass die Samtgemeinde Bruchhausen-Vilsen beschlossen habe in der Gemeinde Martfeld einen Kindergarten zu errichten. Um die baurechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, sei der Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch erforderlich. Die Grundstücksgröße belaufe sich auf ca. 5.000 Quadratmeter und befinde sich gegenüber dem Seniorenhaus.

Auf Nachfrage von Frau Wulf erklärt Herr Bormann, dass an der Zuwegung keine Veränderungen vorgenommen werden. Die Parkplatzanlage werde aber entsprechend hergestellt.

Es wird für den B-Plan Nr. 16 (70/27) „Kindergarten Martfeld“ der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB gefasst. Der Geltungsbereich ist aus dem beigefügten Lageplan ersichtlich.

**Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 0**

**Punkt 9:**

**Vereinbarung über die Gewährung eines Zuschusses für die Errichtung von privaten Leuchten zur Verbesserung der Ausleuchtung des öffentlichen Verkehrsraumes**

**Vorlage: Ma-0118/16**

Kein Beratungsgang

Der Rat der Gemeinde Martfeld beschließt auf der Grundlage des, der Beschlussvorlage Ma-0118/16 beigefügten, Vermerkes vom 06. April 2016 Zuschüsse für die Errichtung von privaten Leuchten zur Verbesserung der Ausleuchtung des öffentlichen Verkehrsraumes mit der Änderung auszuzahlen, dass es nicht erforderlich ist, dass die Leuchten von einem Fachmann errichtet werden.

**Ja: 9 Nein: 1 Enthaltungen: 1**



Abbiegen die Straßenlage überblicken können. Herr Bormann erklärt, dass für die Mäharbeiten an Hauptstraßen die Straßenmeisterei zuständig sei. Er werde die Anregung weitergeben.

Frau Ruby erkundigt sich, ob für den Ausbau des Fahrradweges Loge - Martfeld in der Zwischenzeit Finanzierungsmöglichkeiten ausgearbeitet worden seien. Sie sei auf ein Förderprogramm des Bundes gestoßen, das investive Maßnahmen für die Erreichung von Klimaschutzziele fördere. Hierunter falle auch der Ausbau von Radwegen. Die Fördersumme belaufe sich auf 50 % der förderfähigen Kosten.

Herr Bormann erklärt, dass im Verwaltungsausschuss über den möglichen Ausbau der Radwege und die dafür erforderlichen Schritte bereits berichtet worden sei. Dies werde heute im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung vertieft werden. Das genannte Klimaschutzprogramm sei der Verwaltung bekannt. Über dieses Programm seien bereits Maßnahmen in anderen Gemeinden mitfinanziert worden. Für den Ausbau der Radwege habe die Verwaltung bisher die Aussage erhalten, dass das Klimaschutzprogramm für diesen Fall nicht greife, da eine Gemeinde keine Förderung für den Ausbau eines Radweges an einer übergeordneten Straße erhalte. Die Verwaltung werde diese Aussage nochmals überprüfen.

Herr Albers berichtet, dass solche Förderprogramme für Maßnahmen von Gemeinden an Landesstraßen nicht umsetzbar seien.

Bürgermeisterin Marlies Plate bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Die Bürgermeisterin

Der Gemeindedirektor

Der Protokollführer